

162 NGOs fordern von Regierungen Einsatz für Menschenrechte statt Abweisung von Migranten

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Erklärung vor dem EU-Gipfel

Berlin, 8.3.2017. Die Regierungen der EU müssen in ihrer Flucht- und Migrationspolitik die menschenrechtlichen Grundlagen achten, auf denen die Europäische Union gründet. Menschen vor allem davon abzuhalten, europäischen Boden zu erreichen und ihnen damit den nötigen Schutz zu verweigern, wird dem nicht gerecht. Die Verantwortlichen müssen außerdem konsequent rassistischen und rechtspopulistischen Strömungen entgegentreten, die den Zusammenhalt Europas gefährden. Das fordern 162 Nichtregierungsorganisationen aus über 20 Ländern, darunter Oxfam und Save the Children, in einer gemeinsamen Erklärung im Vorfeld des EU-Gipfels, der diese Woche stattfindet.

Konkret heißt es in dem Aufruf:

„Wir appellieren [...] an Sie, politische Führung zu übernehmen und die Rechte und Werte hochzuhalten, die seit 60 Jahren die Gründungsprinzipien der Europäischen Union bilden. Gemeinsam müssen wir verhindern, dass legitime Sorgen [...] ausgenutzt und missbraucht werden, um das Europäische Projekt zu Fall zu bringen.“

„Als die Zahlen ankommender Flüchtlinge im Sommer 2015 stiegen, war Europa nicht in der Lage zusammenzuhalten und mit Menschlichkeit, Würde und Solidarität zu reagieren. Bis heute sind die europäischen Nationen nicht willens, nach völker- und europarechtlichen Vorgaben zu handeln.“

„Wir vernehmen, dass Sie sich immer wieder zu den europäischen Werten bekennen – Respekt für Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Vorrang des Rechts und Menschenrechte. Aber wir erwarten, dass Sie auch entsprechend diesen Werten handeln. Zu viele Regierungen sind bis heute zu sehr damit beschäftigt, Menschen von Europa fernzuhalten. Damit riskieren sie, dass gerade diejenigen, die am dringendsten Schutz brauchen, keinen bekommen.“

„Wir erwarten eine nachhaltige, weitsichtige Migrationspolitik, die den Respekt für Menschenrechte garantiert, anstatt sie zu gefährden. Dazu gehört die Erweiterung von sicheren und regulären Zugangswegen nach Europa mit humanitären und anderen Visa, die Schaffung von mehr Resettlement-Plätzen sowie verbesserte Bedingungen für Familienzusammenführungen.“

„Nur ein Europa, das die Rechte von ausnahmslos allen verteidigt, ist ein Europa, auf das wir stolz sein können.“

Hinweis an Redaktionen:

Die vollständige Erklärung (in deutscher Sprache) steht hier zum [Download](https://oxfam.box.com/s/evrcsfbfvhyxc0hoo0h17exrvxjplg53) bereit:
<https://oxfam.box.com/s/evrcsfbfvhyxc0hoo0h17exrvxjplg53>

Pressekontakte:

Oxfam: Steffen Küßner, skuessner@oxfam.de, 030 453069-710, 0177-8809977

Save the Children: Claudia Kepp, 030 27595979-280, Claudia.Kepp@savethechildren.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

„Aufgeben nicht denkbar“: Mehr als 20 Organisationen fordern für Millionen eingeschlossene Menschen in Syrien freien humanitären Zugang

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Aktion vor dem deutschen Bundestag: „Uns sind die Hände gebunden“

Berlin, 9. März 2017. Im Vorfeld des sechsten Jahrestages der Syrienkrise machten heute mehr als 20 deutsche Organisationen darauf aufmerksam, dass in Syrien weiterhin etwa fünf Millionen Menschen in 13 belagerten und schwer erreichbaren Gebieten ausharren. Unter dem Motto „Uns sind die Hände gebunden“ versammelten sich heute mehr als 100 humanitäre Helfer/innen vor dem Bundestag.

„Wir appellieren an die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft, alles dafür zu tun, den humanitären Zugang sicherzustellen und das Völkerrecht zu wahren. Aleppo ist bis

heute Inbegriff des Grauens, das Menschen erleben, die ständig beschossen werden und komplett eingeschlossen sind. In Syrien gibt es jedoch insgesamt 13 Orte wie Aleppo“, so die Hilfsorganisationen.

Bei der Aktion standen Mitarbeiter/innen der Hilfsorganisationen nebeneinander, ihre Hände mit rotem Seil verbunden. Gleichzeitig wurden Schlagzeilen von Pressemeldungen und Statements vorgelesen, die die Organisationen in den letzten sechs Jahren Krieg verschickt haben – eine Chronologie des Horrors und der größten humanitären Krise unserer Zeit. „Wir haben über die unmittelbaren und langfristigen Auswirkungen der Gewalt vielfach informiert. Trotz gebrochener Waffenruhen und vieler Gefahren für unsere lokalen Helfer sichern wir mit Partnern notleidenden Menschen aus allen Regionen Syriens das Überleben. Ein Aufgeben ist für uns nicht denkbar. Wenn es um den humanitären Zugang zu Millionen von Menschen in schwer erreichbaren und belagerten Gebieten geht sind uns jedoch die Hände gebunden“, so die Organisationen.

Marion Lieser, Geschäftsführerin Oxfam Deutschland e.V.: „Die Lage für die Bevölkerung in den eingeschlossenen Gebieten in Syrien ist verzweifelt. Millionen Menschen sind von der Trinkwasserversorgung weitgehend abgeschnitten. Die Kriegsparteien müssen ihre Belagerungen umgehend einstellen und Helfern Zugang zu den umkämpften Gebieten ermöglichen. Gleichzeitig muss es Friedensverhandlungen geben, an denen unabhängige Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft aktiv teilhaben, insbesondere auch Frauen. Denn ein Frieden wird nur dann tragen, wenn er den Menschen in Syrien dient.“

Bildmaterial:

Fotos zur Aktion können unter folgendem Link heruntergeladen werden:

www.picdrop.de/mikeauerbach/Uns+sind+die+H%C3%A4nde+gebunden

Medienkontakte:

- Oxfam Deutschland, Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, 0177-8809977, E-Mail: skuessner@oxfam.de
- CARE, Johanna Mitscherlich, mitscherlich@care.de, 0228-9756348 / 0176-70330114
- Deutscher Caritasverband e. V./Caritas international, Marie von Manteuffel, marie.vonmanteuffel@caritas.de, 030 28 444 747 / 0177-2368050
- Johanniter-Auslandshilfe, Sandra Lorenz, sandra.lorenz@johanniter.de, 0172-5638740
- Save the Children, Claudia Kepp, Claudia.Kepp@savethechildren.de, 030-27595979280
- Terre des hommes Deutschland e.V., Wolf Christian Ramm, c.ramm@tdh.de, 0171 6729748
- World Vision, Iris Manner, Iris_Manner@wvi.org, +49 172 916 0878

Liste der teilnehmenden Organisationen:

1. Action Medeor
2. ADRA
3. Aktion Deutschland Hilft
4. arche noVa – Initiative für Menschen in Not
5. Ärzte der Welt
6. AWO International
7. CARE Deutschland-Luxemburg e.V.
8. Deutscher Caritasverband e. V./Caritas international
9. Handicap International
10. Help – Hilfe zur Selbsthilfe
11. International Rescue Committee (IRC) Deutschland
12. Islamic Relief Deutschland e.V.
13. Johanniter-Unfall-Hilfe-e.V.
14. Kindernothilfe e.V.
15. Malteser International
16. Oxfam Deutschland
17. Plan International Deutschland e.V.
18. Save the Children

19. Stiftung Schüler Helfen Leben
20. Terre des hommes
21. VENRO
22. Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V.
23. World Vision

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Kontakt

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Politikdialog: Steuerwettlauf ins Bodenlose?

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Presseeinladung: 7.3.2017, 16.00-18.30, Berlin

Dialogforum Steuergerechtigkeit für Entwicklung diskutiert die Rolle Deutschlands und der G20 bei der Besteuerung multinationaler Unternehmen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die Steuervermeidung von Unternehmen verlieren arme Länder mindestens 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr, die EU

sogar eine Billion Euro. In den vergangenen Jahren haben die G20 im Rahmen ihres Aktionsplans gegen die Gewinnkürzung und -verlagerung von Unternehmen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) erste Maßnahmen ergriffen, um dem entgegenzutreten. Gleichzeitig droht nach den Ankündigungen aus den USA und Großbritannien, massive Steuersenkungen für Unternehmen vornehmen zu wollen, eine neue Runde im internationalen Steuerwettbewerb nach unten.

Wie entwicklungsfreundlich sind die bisherigen Beschlüsse auf G20-Ebene? Welche weiteren Initiativen müssen in den kommenden Jahren hinsichtlich einer angemessenen Besteuerung von Unternehmen Ebene ergriffen werden? Und welche Akzente kann die deutsche G20-Präsidentschaft 2017 setzen?

Diesen Fragen widmet sich das **Dialogforum Steuergerechtigkeit für Entwicklung** in einer öffentlichen Diskussion zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Regierung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik, zu der **Oxfam Deutschland**, das **Netzwerk Steuergerechtigkeit** und **WEED** (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) herzlich einladen.

Wann? Dienstag, 7. März, 16:00-18:30

Wo? 10117 Berlin, Johannisstraße 2, Kalkscheune

Begrüßung: Marion Lieser, Geschäftsführerin Oxfam Deutschland

Key Note: Annet Oguttu, Professorin für Steuerrecht an der University of South Africa, Pretoria

Video Statement: Antoine Deltour, Whistleblower im Luxemburg-Leaks-Skandal

Es diskutieren:

Annet Oguttu, Professorin für Steuerrecht an der University of South Africa, Pretoria

Michael Sell, Leiter der Steuerabteilung, Bundesministerium der Finanzen

Francis Weyzig, Experte für Steuergerechtigkeit, Oxfam
Niederlande

Moderation: Tanja Samrotzki, Journalistin

Die Veranstaltungssprache ist Deutsch. Eine
Simultanübersetzung Deutsch-Englisch-Französisch wird
angeboten.

Hinweis an Redaktionen:

Das Dialogforum ist **keine spezielle Presseveranstaltung**,
Medienvertreter/innen sind jedoch eingeladen teilzunehmen.
Fragen aus dem Publikum sind gestattet.

Einige der Diskussionsteilnehmer/innen stehen nach Abschluss
der Veranstaltung auch für weiterführende Gespräche und
Interviews zur Verfügung. Ebenso folgende Experten:

Markus Henn, Referent für Finanzmärkte, Weltwirtschaft,
Ökologie und Entwicklung – WEED e.V.

Dereje Alemayehu, Chair, Coordination Committee Global
Alliance for Tax Justice

Tobias Hauschild, Referent Entwicklungsfinanzierung, Oxfam
Deutschland e.V.

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, E-Mail:
skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und
Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert,
um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im
Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund
3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Geberkonferenz in Oslo – Sieben Millionen Menschenleben in Zentralafrika bedroht

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Oxfam und Norwegischer Flüchtlingsrat appellieren an Geberländer, ihre Hilfszusagen massiv aufzustocken

Berlin, 23.02.2017. Ohne eine deutliche Aufstockung der humanitären Hilfe bedrohen Hunger und Mangelernährung das Leben von über sieben Millionen Menschen in Zentral- und Westafrika. Davor warnen Oxfam und der Norwegische Flüchtlingsrat im Vorfeld einer Geberkonferenz, die am 24. Februar in Oslo stattfindet. Die Organisationen fordern von Geberländern deutlich mehr Finanzmittel für Nothilfe-Maßnahmen in der Tschadsee-Region.

Ausrichter der Konferenz sind Norwegen, Deutschland, Nigeria und die Vereinten Nationen. Sie veranschlagen eine Summe von 1,5 Milliarden US-Dollar, um die Hungerkrise in den Griff zu bekommen. Im vergangenen Jahr war der entsprechende Hilfsaufruf der Vereinten Nationen mit nur 52 Prozent stark unterfinanziert.

Marion Lieser, Geschäftsführerin von Oxfam Deutschland, die an der Regierungskonferenz in Oslo und am Forum der Zivilgesellschaft am Tag vorher teilnimmt, **erklärt dazu:** „Die Gefahr einer Hungersnot ist im Nordosten Nigerias ganz real. Nach Jahren der Gewalt sind Millionen Menschen am Ende ihrer Kräfte. Sie können keine Nahrungsmittel anbauen oder kaufen, sind von humanitärer Hilfe abgeschnitten. Viele sind bereits

gestorben.“

„Humanitäre Hilfe konnte die Lebenssituation vieler Menschen verbessern. Doch ohne zusätzliche Finanzmittel und den dringend nötigen Zugang zu Gebieten, in denen Menschen von Hilfslieferungen abgeschnitten sind, werden Hunger und Mangelernährung zunehmen, was viele Menschen das Leben kosten wird.“

Elf Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen

Ursprung der Krise ist der Konflikt zwischen nigerianischem Staat und der islamistischen Gruppierung Boko Haram. Dieser hat sich in den vergangenen vier Jahren intensiviert und nach Niger, Tschad und Kamerun ausgebreitet. Über 2,6 Millionen Menschen, davon 1,5 Millionen Kinder, sind auf der Flucht, und fast elf Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. In Borno, einem Bundesstaat im Nordosten Nigerias, könnten bis zu 400.000 Menschen Hunger leiden.

Zwar haben die nigerianischen Regierungstruppen Gebiete von Boko Haram zurückerobert, die fragile Sicherheitslage und anhaltende Gewalt in diesen Gebieten behindern Oxfam und andere Hilfsorganisationen jedoch dabei, die notleidenden Menschen zu erreichen. Einige Gebiete sind wegen andauernder Kämpfe oder weil sie von Boko Haram kontrolliert werden noch immer völlig unzugänglich für humanitäre Organisationen.

Menschenrechtsverletzungen halten an

Viele Menschen sind weiterhin Menschenrechtsverletzungen und Bedrohungen ausgesetzt, darunter sexuelle Gewalt, Entführungen, Folter, Mord, Zwangsrekrutierungen und willkürliche Verhaftungen. Im Nordosten Nigerias ist Schätzungen zufolge jede dritte Frau von sexueller Gewalt betroffen.

Militärische und politische Ziele beim Kampf gegen Boko Haram dominieren gegenüber humanitären Zielen. Es hat zu lange

gedauert, bis Regierungen, Hilfsorganisationen und Geberländer auf die Krise reagiert haben. Inzwischen ist aber eine große Nothilfeoperation im Gange, durch die viele Menschenleben gerettet werden konnten.

Weiterführende Informationen:

- Die Geschäftsführerin von Oxfam Deutschland, Marion Lieser, nimmt am Freitag (24.2.) an der Regierungskonferenz in Oslo sowie am Donnerstag (23.2.) am Forum der Zivilgesellschaft teil. Informationen zur Regierungskonferenz unter <http://oslohumanitarianconference2017.org>

Interviewanfragen bitte an: Steffen Küßner, 030-453069-710, 0177-8809977, skuessner@oxfam.de

- Am Tag vor der Regierungskonferenz findet ein Forum der Zivilgesellschaft statt. Mehr Informationen unter <http://www.oslohumanitariancivilsocietymeeting2017.org>

- Aus Anlass der Oslo-Konferenz haben **mehrere internationale Hilfsorganisationen** in der vergangenen Woche eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht, „Seven Steps to Saving Lives and Assisting People in Nigeria and Lake Chad Basin“. Themen sind: humanitärer Schutz und Zugang zur Zivilbevölkerung; dringender Handlungsbedarf speziell in den Bereichen Ernährungssicherung und Bildung; Koordinierung der Nothilfe vor Ort; Minimalstandards für die Rückkehr von Binnenvertriebenen und Stärkung der lokalen Widerstandsfähigkeit. <http://www.oslohumanitariancivilsocietymeeting2017.org/programcivil.cfm>

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im

Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Niger: Ausnahmezustand in Grenzregion zu Nigeria verschärft humanitäre Krise

geschrieben von Andreas | 10. März 2017
[PRESSE-INFO]

Oxfam-Bericht beschreibt Auswirkungen auf den Alltag der Menschen

Berlin, 3.2.2017. In der Region Diffa im westafrikanischen Niger droht eine ernste Nahrungsmittelkrise, warnt die internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam in einem aktuellen Bericht. Ein Grund ist die radikalislamische Gruppierung Boko Haram aus Nigeria, die auch auf der anderen Seite der Grenze in Niger operiert. Entscheidend ist jedoch der Ausnahmezustand, den die nigrische Regierung 2015 über die südöstliche Region Diffa verhängt hat. Seitdem sind die Haushaltseinkommen in der Region um bis zu neunzig Prozent eingebrochen.

Markus Nitschke, Referent für Krisen und Konflikte bei Oxfam Deutschland, erklärt: „Der Ausnahmezustand untergräbt die

Lebensgrundlage der Menschen in Diffa. Er behindert das Wirtschaftsleben der gesamten Region. Deswegen breitet sich der Hunger immer weiter aus. Viele Menschen sind inzwischen von humanitärer Hilfe abhängig. Andere gehen erhebliche Risiken ein, damit ihre Familien überleben können. Zudem stellen die Menschen, die ihre angestammte Umgebung verlassen mussten, eine zusätzliche Belastung für diejenigen Dörfer dar, in denen sie Zuflucht gefunden haben. Der Preis, den die Bevölkerung für den Kampf gegen Boko Haram zahlt, ist zu hoch. Darum muss die Regierung den Ausnahmezustand lockern: Die Bevölkerung muss wieder in die Lage versetzt werden, ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.“

Grenzüberschreitender Handel kommt zum Erliegen

Der aktuelle Oxfam-Bericht [„Red gold and fishing in the Lake Chad Basin“](#) beschreibt, welche Folgen der Ausnahmezustand auf den Alltag der Menschen in der Region hat: Im Zuge der Notstandsregelung wurden in Diffa Märkte geschlossen, die Fischerei im Tschadsee untersagt und der Nachschub an Düngemitteln und Treibstoff beschränkt. Damit fehlen dringend benötigte Ressourcen für den Anbau von Pfeffer, der wegen seiner wichtigen Rolle für die regionale Exportwirtschaft auch als „rotes Gold“ bezeichnet wird. Der grenzüberschreitende Handel zwischen Niger und Nigeria ist fast völlig zum Erliegen gekommen.

Zugang zu Ackerflächen massiv eingeschränkt

Massiv eingeschränkt wurde auch die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung in Diffa. Familien mussten vorübergehend ihre Dörfer und ihr Ackerland verlassen. Weite Teile der Region wurden militärisches Sperrgebiet, einschließlich des Tschadsees, und sind für die Zivilbevölkerung gesperrt.

Laut einer von Oxfam für den Bericht durchgeführten Umfrage ist der Anteil der Bevölkerung, der vom Pfefferanbau lebt, seit Beginn des Konflikts um 96 Prozent gesunken. Diejenigen,

die weiterhin Pfeffer anbauen, können damit heute nur noch gut die Hälfte des Einkommens erwirtschaften, die sie vor dem Konflikt hatten. Kleinbauern und Farpächter sagten, sie könnten heute im Schnitt nur noch ein Fünftel der Ackerfläche nutzen, die ihnen früher zur Verfügung stand.

Wer trotz Ausnahmezustand und Verbot weiterhin an der Fischerei festhält, muss sich nicht nur vor Boko-Haram-Angriffen fürchten, sondern auch davor, vom Militär aufgegriffen und angeklagt zu werden. Diese Sorge teilen auch viele kleinbäuerliche Produzent/innen, die die Grenze zu Nigeria überqueren, um sich dort Treibstoff und Düngemittel zu beschaffen, was zurzeit illegal ist.

Weiterführende Informationen:

– Link zum Bericht „Red gold and fishing in the Lake Chad Basin“:

<https://www.oxfam.de/system/files/report-red-gold-fishing-lake-chad-010217-en.pdf>

– Der Bericht „Red gold and fishing in the Lake Chad Basin“ basiert auf der umfangreichen Oxfam-Analyse „A Modified Emergency Market Mapping Analysis and Protection Analysis: Smoked fish and dried red pepper income market systems Diffa Region, Eastern Niger“. Diese steht unter folgendem Link zum Download bereit:

<http://policy-practice.oxfam.org.uk/publications/a-modified-emergency-market-mapping-analysis-and-protection-analysis-smoked-fis-620163>

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, 0177-8809977, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 18 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund

3.200 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Gipfeltreffen in Malta: Kritik der EU an Trump-Dekret gegen Flüchtlinge ist scheinheilig

geschrieben von Andreas | 10. März 2017
[PRESSE-INFO]

Oxfam: geplantes EU-Abkommen mit Libyen dient der Abschottung gegen Flüchtlinge, nicht deren Schutz

Berlin, 2. Februar 2017. Als scheinheilig kritisiert die internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam die Reaktion der EU auf den von US-Präsident Trump verhängten Einreisestopp für Zuwanderer und Flüchtlinge. Kanzlerin Merkel und andere europäische Staats- und Regierungschefs haben zwar recht mit ihrer Kritik an dem Erlass. Gleichzeitig jedoch haben sich mehrere EU-Politiker im Vorfeld des informellen EU-Gipfels in Malta für eine engere Kooperation mit Libyen bei der Migrationskontrolle ausgesprochen. Die Pläne stehen bei dem am Freitag stattfindenden Treffen auf der Tagesordnung. Sie laufen auf eine Auslagerung der europäischen Migrationskontrolle in das seit Jahren umkämpfte Land hinaus,

in dem Menschenrechtsverletzungen und sogar Mord an Geflüchteten und anderen Migranten an der Tagesordnung sind.

Natalia Alonso, stellvertretende Oxfam-Kampagnenleiterin, kommentiert:

„Jegliche Zusammenarbeit der EU mit Libyen muss die Rechte und die Würde der betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellen. Ein Abkommen, das vor allem der Abwehr von Migranten und Flüchtlingen und nicht ihrem Schutz dient, würde bedeuten, die europäischen Grundwerte über Bord zu werfen.“

„Migranten erleben in Libyen entsetzliche Misshandlungen. Menschen, denen es gelang, dieser Hölle zu entkommen, berichten regelmäßig von traumatisierender Gewalt, die sie dort erfahren haben, einschließlich Hunger, Schläge und Verbrennungen.“

„Sicherlich muss die EU etwas tun, um die schreckliche Situation in Libyen zu verbessern, aber mit dem Ziel, Menschen in Not zu helfen. Doch stattdessen verteilt sie im vom Krieg zerrütteten Libyen hastig Geld an Behörden, ohne dessen Verwendung angemessen zu kontrollieren. Nicht Abschreckung, sondern die Werte Gerechtigkeit und Menschlichkeit sollten die EU-Politik leiten.“

Oxfam fordert von den Staats- und Regierungschefs der EU, ihre Migrationspolitik in einer Form zu gestalten, die die Menschenrechte respektiert und die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellt. Die Regierungen müssen Migrant/innen schützen, Flüchtlingen internationalen Schutz gewähren sowie sichere und reguläre Möglichkeiten zur Migration schaffen.

In diesem Sinne muss die EU sicherstellen, dass migrationspolitische Abkommen mit Drittstaaten folgende Punkte berücksichtigen:

Entwicklungshilfegelder sind dazu da, Armut zu bekämpfen. Unter keinen Umständen dürfen sie dazu missbraucht werden, die

Mobilität von Migrant/innen zu beschränken, da dies dem Ziel der Armutsbekämpfung zuwiderläuft.

Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Grenzsicherung muss gewährleisten, dass die Menschenrechte, die Bewegungsfreiheit von Migranten und die Rechte von Asylbewerbern respektiert werden.

Verlässliche Kontrollmaßnahmen müssen sicherstellen, dass die Umsetzung von Abkommen mit Drittstaaten mit dem Völkerrecht vereinbar ist. Wenn dies nicht möglich ist, darf kein Abkommen abgeschlossen werden.

Weiterführende Informationen:

Oxfam arbeitet in Italien mit Migranten, die von Libyen aus das Mittelmeer überquert haben. Ihre Erfahrungsberichte sind in dem Bericht 'Hotspots – Rights denied' (Seiten 31-34) dokumentiert.

Im Vorfeld des EU-Gipfels im Oktober 2016 veröffentlichte Oxfam den Bericht "Causing suffering and problems – Europe's approach to migration", der das Versagen der EU-Migrationspolitik beschreibt.

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, 0177-8809977, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 18 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.200 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Oxfam: Supermärkte müssen gefährliche Pestizide stoppen

geschrieben von Andreas | 10. März 2017
[P R E S S E – I N F O]

Studie belegt drastisch erhöhtes Krebsrisiko durch Pestizide im konventionellen Anbau von Bananen. Oxfam fordert Umdenken der Branche

Berlin, 08. Februar 2017. Aktuelle Untersuchungen belegen erschreckend deutlich ein massiv erhöhtes Krebsrisiko von Arbeitern auf konventionellen Bananenplantagen. Anlässlich der Fruit Logistica Messe für Obst und Gemüse fordert Oxfam ein Umdenken der Branche: Als krebserregend eingestufte Pestizide sollten nicht mehr eingesetzt werden. Dazu müssen Supermärkte auch ihre Lieferanten verpflichten.

Bei der Fruit Logistica Messe treffen sich ab heute Unternehmen aus allen Bereichen der Obst- und Gemüsebranche. Anlässlich dieses Branchentreffens fordert die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam, endlich den Schutz der Menschen auf Plantagen in den Erzeugerländern an erste Stelle zu setzen. Die großen deutschen Supermarktketten sollten ihre Lieferanten verpflichten, hochgiftige Pestizide, die von Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation WHO als vermutlich krebserregend eingestuft werden, nicht mehr zu verwenden.

Studie belegt deutlich gesteigertes Krebsrisiko

Die Dringlichkeit der Oxfam-Forderungen belegt eine aktuelle Studie der Organisation ÄrztInnen für gesunde Umwelt (AEGU). Der Verfasser Dr. Hans-Peter Hutter untersuchte Arbeiter auf

konventionellen und ökologischen Bananen-Plantagen in Ecuador auf Zellveränderungen. Mit schockierend deutlichen Ergebnissen: Von acht typischen Kernanomalien oder Markern, die auf ein erhöhtes Krebsrisiko hindeuten, waren bei Arbeitern im konventionellen Anbau alle deutlich erhöht, teils um bis zu 155 Prozent. Damit haben diese Menschen ein vielfach höheres Risiko, an Krebsarten wie dem Non-Hodgkin Syndrom oder Leukämie zu erkranken, als Arbeiter im ökologischen Landbau.

Umdenken der Branche nötiger denn je

Arbeiter/innen auf den Bananen- und Ananasplantagen in Ecuador und Costa Rica leiden massiv unter dem fehlenden Schutz vor hochgiftigen Pestiziden und fehlenden Arbeitsrechten. In der Kampagne „Make Fruit Fair!“ setzt sich Oxfam für ihre Rechte ein. „Die Studie ist ein weiterer Beleg, dass die Umstände auf den Plantagen dringend verbessert werden müssen“, sagt Frank Braßel, Leiter der „Make Fruit Fair!“-Kampagne. „Die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter wird durch krebserregende Pestizide systematisch aufs Spiel gesetzt. Die gesamte Branche muss umdenken. Hochgiftige Pestizide, die Menschenleben gefährden, dürfen Aldi, Edeka, Lidl und Rewe nicht egal sein.“

Hintergrund:

Die vollständige Studie zum Krebsrisiko bei Arbeitern im auf konventionellen Plantagen finden Sie unter <http://oxf.am/ZbwK>. Neben dem langfristig erhöhten Krebsrisiko haben die Pestizide diverse akute gesundheitliche Folgen für die Arbeiter. In einer weiteren AEGU Studie werden Vergiftungen, Hautreizungen und weitere Symptome der Arbeiter aufgeführt. Mehr Infos unter <https://oxfam.box.com/v/pestizidstudie-krebsrisiko>.

Die Oxfam-Studie zur Mitverantwortung deutscher Supermärkte für menschenunwürdige Zustände in der Ananas- und Bananenproduktion in Costa Rica und Ecuador gibt es unter <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/suesse-fruechte-bittere-wahrheit>.

Hinweis an die Redaktion:

Am 09. Februar um 09:30 Uhr nimmt Frank Braßel, Leiter der Make Fruit Fair!-Kampagne, an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Fruit Logistica teil, bei der das Aktionsbündnis für nachhaltige Bananen vorgestellt wird. Im Anschluss steht er für Interviews gerne zur Verfügung.

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, E-Mail: nlink@oxfam.de.

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin